

## **Rede von Prof. Dr. Richard Schröder zur Feierstunde „30 Jahre Mauerfall“ am Sonnabend, 9. November 2019, um 15 Uhr in der Marienkirche Neuhaus**

*-Es gilt das gesprochene Wort-*

### Montagsdemonstration

Für Westdeutsche ist das Urdatum des Herbstes 1989 der 9. November, als die Mauer fiel und die Trabis kamen. Für Ostdeutsche ist das auch ein unvergessbarer Tag, aber das Urdatum ist für sie der 9. Oktober, als die Staatsmacht vor der Montagsdemonstration kapitulierte.

Die Folge war Honeckers Rücktritt am 18. Oktober, erzwungen von drei Politbüromitgliedern. Die wollten nun alles besser machen und nach der ZK-Sitzung die Ergebnisse in einer Pressekonferenz vorstellen: Glasnost, Transparenz.

Ein Politbüromitglied hat sich aber bei der Vorstellung eines neuen Reisegesetzes so verheddert, dass irrtümlich die Meldung entstand: die Mauer ist geöffnet. Alles strömte zu den Übergängen. Angesichts des gewaltigen Ansturms zogen die Grenzer aus Verzweiflung die Schlagbäume hoch. Das war der Mauerfall.

Bekanntlich nahmen die Montagsdemonstrationen ihren Ausgang von den Friedensgebeten in der Nikolaikirche jeden Montag 17 Uhr. Deshalb sind diese Montagsgebete die Vorgeschichte der Montagsdemonstrationen. Und das kam so.

1978 führte die damalige Bildungsministerin Margot Honecker ein neues Schulfach ein: Wehrerziehung, also vormilitärische Ausbildung in Theorie und Praxis. Das stieß auf den Protest vieler Eltern und auch der Evangelischen Kirche, die dagegen eine Erziehung zum Frieden forderte – vergeblich.

Darauf beschloss die Evangelische Kirche in beiden Teilen Deutschlands, jährlich eine Friedensdekade an den letzten 10 Tagen des Kirchenjahres abzuhalten mit täglichen Friedensandachten. Es war ja die Zeit der Nachrüstungsdebatten. 1980 fand die erste Friedensdekade statt.

Das Dresdner Jugendpfarramt hatte für diese Andachten eine Materialmappe erstellt, die an die Gemeinden versandt wurde. Und man hatte sich dafür etwas Besonderes ausgedacht, ein Lesezeichen, gedruckt auf Vlies, das eine sowjetische Plastik von Jewgeni Wutschetisch zeigte, nämlich einen sehr muskulösen Mann nach Art des heroischen sozialistischen Realismus, der aus einem Schwert eine Pflugschar schmiedet.

Diese überlebensgroße Plastik hatte die Sowjetunion 1959 der UNO geschenkt. Sie nahm ein biblisches Motiv vom Propheten Micha auf, wo es heißt: in den letzten Tagen werden die Völker zum Zion kommen und sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmieden.

Da die Kommunisten der Überzeugung waren, dies werde sich im Kommunismus erfüllen, haben sie die plastische Darstellung dieses Bibelworts der UNO vermacht. Und die Kirche dachte: dann kann's ja wohl nicht verboten sein, diese Plastik, umgeben mit den Worten „Schwerter zu Pflugscharen“ und Nennung der Bibelstelle Micha 4 auf Textilvlies drucken zu lassen. Das Herrnhuter Unternehmen Abraham Dürninger (die einzige kircheneigene Produktionsstätte in der DDR) druckte 120.000 Stück.

Dabei nutzte die Kirche eine Gesetzeslücke. Das Bedrucken von Papier unterlag der Zensur, die aber nicht so genannt werden durfte. Das Bedrucken von Textilien dagegen galt als Oberflächenveredelung. Deshalb also war das Lesezeichen aus Vlies und nicht aus Papier. Und deshalb ließ es sich, was gar nicht beabsichtigt war, gut auf Jackenärmel nähen, was viele Jugendliche auch prompt taten. Darauf begannen Lehrer und Polizisten eine Jagd auf dieses Abzeichen. Es musste sofort entfernt

werden oder die Jacke wurde beschlagnahmt. Studenten wurden deshalb exmatrikuliert. Manche Jugendliche nähten sich daraufhin einen weißen Fleck auf den Ärmel mit der Inschrift: „hier war ein Schmied“.

Diese Friedensdekade mit ihren 10 Friedensandachten einmal jährlich fand auch in der Leipziger Nikolaikirche statt, aber eben jährlich und nicht wöchentlich.

Zu den wöchentlichen Friedensandachten in Nikolai kam es so: Im Leipzig-Propstheida stand für die Gemeindefarbeit nur eine Zweiraum-Wohnung zur Verfügung. Durch einen Planungsfehler standen eines Abends zwei Gruppen vor der Tür, die Junge Gemeinde (15-19-Jährige) und der Bibelkreis (Alter 60 aufwärts). Was tun? Der Jugenddiakon Günther Johannsen schlug vor: dann redet eben heute mal Jung mit Alt.

Die Alten fragten: warum provoziert Ihr Jungen mit den Aufnehmern „Schwerter zu Pflugscharen“ den Staat und riskiert Eure Zukunft? Die Jungen antworteten: der Staat wird immer militanter, wir werden im Wehrkundeunterricht massiv gedrängt, freiwillig 3 oder gar 10 Jahre in der Volksarmee zu dienen, sonst dürft ihr nicht studieren. Dagegen wollen wir ein Zeichen setzen. Die Alten waren erstaunt. Das wissen wir ja alles gar nicht. Da wurde die Idee eines Friedensgebetes geboren.

Denken, Handeln, Beten für den Frieden, so war es gedacht - und informieren. Eine zentrale Leipziger Kirche sollte es sein und nach Arbeitsschluss. Am besten wäre die Nikolaikirche und 17 Uhr. Und Montag empfahl sich, weil das der Pastorensonntag ist, an dem sie nicht ausgebucht sind. Der Kirchenvorstand hatte viele kritische Fragen, öffnete aber schließlich die Kirchentüren. Es wurde in acht Jahren kein einziges Montagsgebet abgesagt und keines an einen anderen Ort verlegt. Dadurch wurden die Nikolaikirche und ihr Vorplatz zu einer markanten Institution, die nicht nur fromme Christen anzog.

Die Anfänge allerdings waren deprimierend. Zum ersten Friedensgebet nach der Friedensdekade 1982 kamen sieben, zum zweiten elf, zum dritten dreizehn Teilnehmer.

Ein Jugendlicher aus Propstheida malte ein Plakat mit dem Motiv „Schwerter zu Pflugscharen“, das noch heute zur Erinnerung an diesen Anfang in der Nikolaikirche zu sehen ist.

In dieser Entstehungsgeschichte sind einige DDR-typische Konstellationen erkennbar. Die Alten treffen zufällig auf die Jungen, hören von ihren Sorgen und staunen. Eine Gesellschaft ohne Öffentlichkeit ist eine Nischengesellschaft, aber das ist kein Lob. Und das andere: richtig begeistert war der Kirchenvorstand von den Friedensgebeten junger Leute in ihrer Kirche nicht. Das bringt uns Ärger, die Stasi wird auf uns aufmerksam, am Ende gibt es Verbote und Auflagen und Dauerkontrolle – leider Befürchtungen, die sich bald bewahrheiteten.

Im November 1983 kam es zum ersten Mal zu einer Demonstration nach einem Friedensgebet. Etwa 50 Jugendliche hatten sich auf dem Markt mit Kerzen in einem Kreis auf den Boden gesetzt, ohne Sprechchor, ohne Plakat. Sechs Teilnehmer wurden für diese Freveltat zu Haftstrafen von bis zu zwei Jahren verurteilt.

Für die weitere Geschichte der Montagsgebete ist Christoph Wonneberger wichtig. Er war zuvor Pfarrer in Dresden und hatte sich in der Friedensfrage durch die Idee eines Sozialen Friedensdienstes (SOFD abgekürzt) profiliert, die in den Synoden der Landeskirchen zunächst durchaus Unterstützer fand, aber von der SED, der Sozialistischen Einheitspartei, grimmig bekämpft wurde. Da der Staat den Vorwurf der Wehrkraftzersetzung erhob, entzogen die Kirchenleitungen der Idee ihre Unterstützung und gaben sich mit dem Institut der Bausoldaten (Soldaten ohne Waffendienst) zufrieden, das es in keinem anderen sozialistischen Land gab. Und sie erreichten Haftverschonung für Totalverweigerer. Im Zusammenhang mit SOFD hatte Wonneberger auch die Idee von Friedensgebeten entwickelt.

1985 kam er nach Leipzig und im September 1987 übernahm er die Koordinierung der Friedensgebete in Nikolai. Christoph Wonneberger: Sehr intelligent, sehr kreativ, offen fürs Unkonventionelle, ein

Freund aller Außenseiter, manchmal unberechenbar spontan und deshalb durchaus auch anstrengend. Inzwischen war Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU geworden, hatte Glasnost und Perestroika auf seine Fahnen geschrieben und auch in der DDR neue Hoffnungen geweckt.

Auch in Leipzig hatten sich Gruppen von Jugendlichen gebildet, die gegen den Staat aufbegehrten. Hier nenne ich besonders die Initiativegruppe Leben (IGL) und die Arbeitsgruppe Menschenrechte, die Wonneberger gegründet hat. Das Interesse dieser Gruppen war primär politisch, Gebet und Gottesdienst drohten deshalb zur bloßen Scheinkulisse zu werden. Man ahnt es: das ist der Stoff für einen mächtigen Konflikt, auch zwischen den beteiligten Pfarrern.

Christoph Wonneberger ließ jenen Gruppen die Zügel frei, während andere Pfarrer außer dem Montagabend auch noch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Kirchengemeinde von Dienstag bis Sonntag im Auge haben mussten in einem Staat, der bekanntermaßen nicht kirchenfreundlich war und dem diese Friedensgebete immer ein Dorn im Auge waren. Um es kurz zu machen: nach dem letzten Friedensgebet vor der Sommerpause 1988 entband der Vorsitzende des Kirchenkreises aufgrund einiger Konflikte Pfarrer Wonneberger von der Aufgabe der Koordination und schloss die Gruppen von der weiteren Gestaltung der Friedensgebete aus.

Beim nächsten Friedensgebet wollten die Gruppenvertreter eine Protesterklärung verlesen, aber der Pfarrer schaltete das Mikrophon ab. Als die Orgel den Protest übertönte, schalteten nun Gruppenvertreter den Orgelmotor ab. Ich erzähle das, damit Sie sich die Friedensgebete nicht als Idylle und Übung in christlicher Eintracht vorstellen. Die Wirkung dieses Zerwürfnisses war die, dass nun der Platz vor der Nikolaikirche ins Geschehen einbezogen wurde. Denn dort trugen nun die Gruppen ihren Protest gegen ihren Ausschluss aus der Gestaltung der Friedensgebete vor, also zunächst Protest gegen die Kirchengemeinde. Geplant hatte das ja niemand so. Aber de facto wurde so der Weg von den Friedensgebeten zu den Montagsdemonstrationen geebnet. Ich sage zu so etwas gern: Mensch denkt, Gott lenkt oder: Gott schreibt auch auf krummen Linien gerade. Man kann aber auch mit Hegel von der List der Vernunft reden, durch die aus kleinlichem menschlichem Gerangel hin und wieder etwas überraschend Gutes rauskommt.

Auch ich hebe regelmäßig hervor, wie wichtig es war, dass die evangelische Kirche den oppositionellen Gruppen ein Dach bieten konnte. Sie wären sonst zerdrückt worden wie in den fünfziger Jahren, einfach nur durch lange Gefängnisstrafen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das Verhältnis zwischen den Kirchengemeinden und manchen dieser Gruppen sehr spannungsvoll war, und zwar unvermeidlich. Der Thüringer Bischof Werner Leich hat damals einmal gesagt: Die Kirche ist für alle da, aber nicht für alles. Der sächsische Bischof Johannes Hempel hat einmal gesagt: die Kirche habe nur ein begrenztes politisches Mandat. Es ist ihre Aufgabe, Missstände zu benennen, namentlich verschwiegene und vertuschte, und es ist ihre Aufgabe, Menschen in Not beizustehen. Aber sie ist keine politische Partei, die politische oder auch ökonomische Programme zu verkünden oder gar durchzusetzen hätte.

Für das Christentum ist die Unterscheidung von Staat und Kirche charakteristisch, so schwierig sie auch im Einzelfall vollzogen werden mag. Sowohl die totale Kirche, sprich Theokratie, wie der totale Staat widersprechen der christlichen Grundüberzeugung. „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“, sagt Jesus zu Pilatus. Aber sein Reich kann in dieser Welt einiges erhellen, könnte man fortfahren. Es war berechtigt, die Friedensgebete so zu gestalten, dass sie nicht verboten werden.

Meine Mutter pflegte aus der Nazizeit einen Bischof zu zitieren, der gesagt hatte: es steht in der Bibel nicht geschrieben, dass Daniel in der Löwengrube die Löwen in den Schwanz gekniffen hat. Aus den Gruppen heraus ist der Vorwurf gekommen, die Kirche würde vor dem Staat kneifen und kuschen. Mut ist aber nach Aristoteles das Mittlere zwischen zwei Extremen, der Feigheit, die die Gefahr überschätzt und dem Leichtsinne, der die Gefahr unterschätzt. Superintendent Magirius hat einmal zu den Gruppenvertretern gesagt: ihr wisst ja gar nicht, in welcher Gefahr ihr euch befindet. Und auch inner-

halb der Gruppen gab es heiße Diskussionen darüber, wo der Leichtsinn beginnt. Manche hielten irrtümlich und viel zu früh die SED für einen zahnlosen Tiger.

Kirchenvertreter mussten außerdem darüber nachdenken, in welchem Maße sie zulassen konnten, dass sich Jugendliche unter ihrer Verantwortung der Gefahr einer Gefängnisstrafe aussetzen. Was sollten Pfarrer antworten, wenn Eltern ihnen vorwarfen: „Sie sind dran schuld, dass mein Kind im Gefängnis sitzt“? Inzwischen sind die harten Verhandlungen zwischen Staat und Kirche um die Leipziger Montagsgebete gut dokumentiert. Da kann von Anbiederung oder vorauseilendem Gehorsam nicht die Rede sein. Gegen Landesbischof Hempel, der unvermeidlich zunehmend mit den Leipziger Friedensgebeten befasst wurde, hatte die Stasi ein Ermittlungsverfahren wegen staatsfeindlicher Tätigkeit eingeleitet.

Unter den Gruppen hatten manche mit dem Staat vollständig gebrochen. Sie forderten in den Kirchen uneingeschränkte Freiheit des Wortes, als sei die Grundrechtsdemokratie schon Wirklichkeit. Die Kirchenvertreter aber konnten die Freiheit des Wortes nur bei Wahrung bestimmter Grenzen gewähren, weil sie über ihr Hausrecht vom Staat direkt haftbar gemacht wurden für alles, was in ihren Kirchen geschah. Manche in den Gruppen haben mit der Stasi Hase und Igel gespielt und manchmal mit den Kirchenvertretern auch, d.h. sie haben sie mal bisschen hinters Licht geführt und sich an solchen Streichen erfreut. Aber so etwas konnten sich die Kirchenvertreter gegenüber den Staatsvertretern jedenfalls nie leisten, weil Berechenbarkeit, Transparenz und Ehrlichkeit ihr einziges Kapital im Verhältnis zum Staat darstellte. Bis heute sind diese komplexen Konstellationen nicht allen damaligen Akteuren bewusst.

Vom 13. Februar 1989 an wurden jene Gruppen und Pfarrer Wonneberger wieder in die Gestaltung der Friedensgebete einbezogen.

Nun komme ich zu einem dritten Aspekt in der Geschichte der Friedensgebete, der sie seit Mitte der 80er Jahre mitbestimmt hat: die Ausreisewilligen, damals kurz Antragsteller genannt. Im Zuge der deutsch-deutschen Verständigung hat die DDR für DDR-Bürger die Möglichkeit eingeräumt, auch außerhalb der Familienzusammenführungen einen Ausreisantrag zu stellen, sie aber dann von ihrer Absicht abzubringen versucht, schikaniert und nicht selten in die Arbeitslosigkeit geschickt. Das Verhältnis zwischen den Gruppen und den Ausreisewilligen war kompliziert. In Berlin war es darüber 1988 aus Anlass der berühmten Rosa-Luxemburg-Demonstration zum Streit gekommen. Die einen wollten die Ausreisewilligen in die Protestaktionen einbeziehen, andere waren strikt dagegen, weil sie für unvereinbar hielten, dass sie die DDR verändern und deshalb bleiben, jene aber die DDR sich selbst überlassen und vor allem gehen wollten. In Leipzig sahen die Gruppen wohl zuerst ein Gemeinsames mit den Ausreisewilligen: auch sie waren mit den DDR-Verhältnissen zuhört unzufrieden.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre entdeckten Ausreisewillige zunehmend die Möglichkeit, ihren Ausreisewunsch dadurch zu befördern, dass sie sich politisch unbeliebt machten und eine solche Möglichkeit war die Teilnahme an Friedensgebeten. Am 14.12.1987 nahmen 20 Personen am Friedensgebet teil, am 1.2.1988 waren es 700, 80 Prozent davon wohl Ausreisewillige, die an der Kirche und den Themen der Gruppen, nämlich Frieden, Umwelt, Gerechtigkeit, politische Reformen, gar kein Interesse hatten, sondern die Friedensgebete nutzten, um als Störenfriede ihre Abschiebung zu befördern. Der Staat ist auch tatsächlich darauf eingegangen und hat zum Beispiel im März 1989 in Leipzig 400 Personen die Ausreisegenehmigung erteilt, in der irrigen Erwartung, dass Ruhe einkehrt, aber mit dem Effekt, dass nun weitere Ausreisewillige die Friedensgebete als heißen Tipp verstanden. Das hat die Friedensgebete für einige Zeit durchaus in Misskredit gebracht, auch innerkirchlich.

Dies änderte sich erst in der zweiten Jahreshälfte von 1989. Die Ausreisewelle erst über Ungarn, dann über die Prager Botschaft beförderte eine Gegenbewegung: oppositionelle Bewegungen gründeten sich öffentlich. Die Gründer kamen zwar fast durchweg aus dem Raum der Kirche, verließen diesen aber nun demonstrativ. Sie bildeten oppositionelle Bürgerbewegungen bzw. Parteien Am 26.8. 89 wurde die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR angekündigt, die am 7. 10. Vollzogen wurde. . Am 9. September 1989 gründete sich das Neue Forum und erreichte ein Echo, das die

Gründer völlig überraschte. 200.000 haben den Gründungsaufruf bis Jahresende unterschrieben. Dem folgten „Demokratie jetzt am 12.9.“, und der „Demokratische Aufbruch“ am 1.10. Das Neue Forum beantragte bei den Behörden seine Zulassung. Die Behörden lehnen ab. Darauf wird die Forderung „Neues Forum zulassen“ zu einer der ersten der Demonstranten des Herbstes.

Gegen die Losung „Wir wollen raus“ setzten diese „Bürgerrechtler“, wie man sie im Westen in Anlehnung an US-amerikanische Terminologie nennt, die Losung „Wir bleiben hier“. Das veränderte erneut die Montagsgebete.

Da die SED die Kirche nicht dazu bringen konnte, die Montagsgebete abzusagen oder zu verlegen, kam sie auf die Idee, die Nikolaikirche einfach mit treuen Genossen zu füllen, die bereits eine Stunde vor Beginn, also 16 Uhr, alle Plätze besetzen sollten. Die Nikolaikirche verfügt aber über recht große Emporen. Die ließ Pfarrer Führer zunächst sperren, um dann den verdutzten Genossen zu erklären, die Emporen würden nun geöffnet, damit auch die werktätige Bevölkerung, die jetzt erst von der Arbeit kommt, noch Sitzplätze findet.

Am 4. September 1989 ist das erste Montagsgebet nach der Sommerpause. Die Leipziger Messe bringt Westjournalisten nach Leipzig, die Bilder liefern, wie vor der Kirche Transparente gehalten und von Stasileuten weggerissen werden. Aber ansonsten halten sich die Sicherheitsleute zurück. Dagegen wird vom 11. September an der Polizeieinsatz hart. Eine Demonstration wird verhindert. Es kommt zu Verhaftungen und zu 18 Verurteilungen bis zu 4 Monaten und Ordnungsstrafen von bis zu 5000 M. Aber die Gruppen sind auf so etwas vorbereitet und DDR-weit vernetzt. Es gibt Kontaktadressen und juristische Beratung für Verhaftete. Und es gibt Fürbittveranstaltungen für die Inhaftierten, auch außerhalb von Leipzig. Und über die Westmedien kann man die gesamte DDR-Bevölkerung informieren.

Am 25. September und am 2. Oktober kommen Demonstrationzüge zustande, gegen die die Polizei brutal vorgeht. Am 25.9. sind es etwa 8.000, am 2.10. bereits 20.000 Demonstranten. Weil Westmedien über die Vorgänge berichten, werden sie auch DDR-weit bekannt. Denn in der DDR konnte man fast überall das Westfernsehen empfangen und das wurde reichlich benutzt.

Nebenbemerkung. Friedlich war die Herbstrevolution von Seiten der Leipziger Demonstranten und dann nach dem 9. Oktober auch landesweit. Die Leipziger und Berliner Sicherheitskräfte waren vor dem 9. Oktober keineswegs friedlich, sondern brutal. Bei den harten Auseinandersetzungen im Dresdner Hauptbahnhof, als dort die Züge mit den Prager Botschaftsflüchtlingen durchfuhren, wurden auch 45 Polizisten verletzt. Ein Einsatzwagen ging in Flammen auf. Man hätte sich also durchaus auch einen Herbst der Straßenschlachten vorstellen können, auch für Leipzig. Wir können die bei Namen nennen, denen wir verdanken, dass es anders kam, zuerst in Plauen (7.10.), dann in Dresden (8.10.), am 9. 10.in Leipzig.

Die nächste Montagsdemonstration war nämlich die berühmte vom 9. Oktober. Zur Erinnerung: am 7. Oktober hat die SED den 40. Jahrestag der DDR mit Pomp gefeiert und gleichzeitig in Berlin wie in Leipzig Demonstranten gejagt, verhaftet und gedemütigt. Und nun sollten auch die Montagsdemonstrationen: verhindert, und wenn das nicht gelingt, aufgelöst werden. So lautete die Devise aus Berlin. Ein Internierungslager war vorbereitet. Bereits am 6. Oktober war in der Leipziger Volkszeitung der Brief eines Kampfgruppenkommandeurs veröffentlicht worden, in dem dieser erklärte: „Wir sind bereit und willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muss mit der Waffe in der Hand.“ Das Gerücht wurde gestreut, es gebe einen Schießbefehl. In Schulen und in der Universität erging die Aufforderung, nachmittags nicht auf die Straße zu gehen. Es kam aber anders. Der Polizeichef von Leipzig, Straßenburger, schätzte am Vormittag, es werden 50.000 Demonstranten kommen. Das Berliner Innenministerium hielt das für übertrieben und schätzte 20.000. In Wahrheit kamen wohl 70.000, jedenfalls so viele, dass die Verantwortlichen sich entschieden, die Demonstranten auf dem bisherigen Weg rings um die Innenstadt laufen zu lassen, weil die aufgebotenen Sicherheitskräf-

te nach ihrem Urteil nicht ausreichen, um eine solche Demonstration aufzulösen und die Demonstranten zu internieren.

Die Montagsgebete fanden diesmal in fünf Leipziger Kirchen gleichzeitig statt. In diesen Gottesdiensten wurde noch einmal, wie bisher, dazu aufgerufen, auf Gewalt vollständig zu verzichten. Christoph Wonneberger hatte einen Appell entworfen und 20.000 Exemplare auf einer Vervielfältigungsapparat mit Handkurbel produziert, was Tage in Anspruch genommen hat. Daraus zitiere ich:

- „Enthaltet euch jeder Gewalt!
- Durchbrecht keine Polizeiketten, haltet Abstand zu Absperrungen!
- Greift keine Personen und Fahrzeuge an!
- Entwendet keine Kleidungs- oder Ausrüstungsgegenstände der Einsatzkräfte! (Anmerkung: bei einer früheren Demonstration hatten Demonstranten den eingekerkelten Polizisten einer Absperrkette die Mützen vom Kopf genommen und durch die Luft gewirbelt)
- Werft keine Gegenstände und enthaltet euch gewalttätiger Parolen!
- Seid solidarisch und unterbindet Provokationen!
- Greift zu friedlichen und phantasievollen Formen des Protestes!

An die Einsatzkräfte appellieren wir:

- Enthaltet euch der Gewalt!
- Reagiert auf Friedfertigkeit nicht mit Gewalt!

Wir sind ein Volk!

Gewalt unter uns hinterlässt ewig blutende Wunden.“

Unterschrieben ist der Text von: Arbeitskreis Gerechtigkeit, Arbeitskreis Menschenrechte, Arbeitskreis Umweltschutz.

Hier taucht also zum ersten Mal der Satz „Wir sind ein Volk“ auf, er ist aber nicht auf die deutsche Einheit bezogen, sondern meint: Demonstranten und Polizisten sind doch ein Volk. Die Demonstranten rufen an dieser und den folgenden Montagsdemonstrationen die andere Losung: „Wir sind das Volk“ und weisen damit den Anspruch der SED in die Schranken.

Es gab noch eine zweite bemerkenswerte Erklärung, die von dem berühmten Leipziger Dirigenten Kurt Masur, einem Kabarettisten, einem Theologen und drei Sekretären der Bezirksleitung der SED verfasst worden war. Hier der Wortlaut.

„Unsere gemeinsame Sorge und Verantwortung haben uns heute zusammengeführt.

Wir sind von der Entwicklung in unserer Stadt betroffen und suchen nach einer Lösung.

Wir alle brauchen einen freien Meinungs austausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land.

Deshalb versprechen die Genannten heute allen Bürgern, ihre ganze Kraft und Autorität dafür einzusetzen, dass dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird.

Wir bitten Sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.“

Der Text wurde ab 18 Uhr, gesprochen von Kurt Masur, über den Stadtfunk verbreitet und mit allgemeiner Erleichterung aufgenommen.

Der 9. Oktober war ein Durchbruch. Die Staatsmacht hat erstmals siegen wollen und – kapituliert. Sie musste die Demonstranten gewähren lassen. Aber die Sicherheitsapparate waren alle noch völlig intakt. Was würde am nächsten Montag geschehen? Honecker, der am 9. Oktober im Krankenhaus lag, war inzwischen zurückgekehrt. Er machte den Vorschlag, zur Abschreckung der Leipziger ein paar Panzer durch die Stadt fahren zu lassen. Seine Berater redeten ihm das aus. Da brauche nur jemand seine Mütze vor den Sehschlitz des Panzers halten, dann sind die drinnen blind. Und was dann passiert, weiß niemand.

Am 24.10. und am 31.10. war für die Sitzung des Politbüros eine Beschlussvorlage zur Verhängung des Ausnahmezustands vorbereitet, die der Verhängung des Kriegsrechts in Polen gegen die Gewerkschaft Solidarnosc entsprachen hätte. Die Stasi hatte für diesen Fall eine Liste der zu Internierenden verfertigt und sogar die Formulare für den Haftbefehl bereits ausgefüllt – ohne Datum - und Internierungslager vorbereitet. DDR-weit waren 85.939 Personen zur Internierung vorgesehen. Aus bisher unbekanntem Gründen wird beide Male über den Ausnahmezustand nicht gesprochen.

Nachdem die Montagsdemonstration des 16. Oktober ebenfalls ohne Zwischenfälle über den Ring läuft, steigt der Mut auch anderswo. Überall im ganzen Land wird nun unbehindert demonstriert.

Ich möchte Ihnen die Losungen und Sprechchöre der Leipziger Montagsdemonstrationen vortragen.

9.10.: da gab es nur zwei Transparente: „Wir wollen keine Gewalt“ und „Neues Forum zulassen“.

Und Sprechchöre: „Schließt euch an“, „Neues Forum zulassen“, „Keine Gewalt“ und „Wir sind das Volk“.

16.10. (120.000 Teilnehmer): „Kein Blabla vom ZetKa“ – Am 18. 10. tritt Honecker zurück, Egon Krenz folgt ihm.

23.10.: ganz vorn ein Plakat mit der Losung „Gorbi hilf“; Weiter: „Egon gebe acht, teile die Macht.“ „Egon, sei klug, 40 Jahre sind genug“. „Die Mauer muss weg“; „Egon, reiße die Mauer ein, denn wir brauchen jeden Stein.“ Und: „Freie Wahlen“.

30.10.: „Mit dem Fahrrad durch Europa, aber nicht als alter Opa“ (Anmerkung: grundsätzlich durften in der DDR nur Rentner in den Westen fahren). Die Demos führten ja immer an der sog. Runden Ecke, der Stasi-Bezirkszentrale vorbei. Diesmal also hier der Sprechchor: „Macht daraus ein Krankenhaus“. Und aus dem Motto des Kommunistischen Manifests, das man täglich vorn im Neuen Deutschland las: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ wird nun: „Privilegierte aller Länder, beseitigt euch.“

6. 11.: „Deutschland einig Vaterland“, ein Zitat aus der DDR-Nationalhymne, deren Text deshalb unter Honecker nicht mehr gedruckt und gesungen wurde. Am 9. 11. fällt die Mauer.

Nun unterbreche ich die Reihe der Montagsdemonstrationen, denn am 18.11., einem Sonnabend, veranstaltet das Neue Forum seine erste Demonstration in Leipzig. Es gibt eine ordentliche Tribüne und eine ordentliche Lautsprecheranlage, und ein Plakat daneben: „SED und Stasi lacht: Volk durch Visa besoffen gemacht.“ Mit anderen Worten: die Maueröffnung wird als Trick der SED diskreditiert, mit dem sie die Demokratisierung der DDR verhindern wolle. Diese seltsame Verschwörungstheorie riss den Graben auf zwischen dem Neuen Forum und dem Volk und führte zu dem verheerenden Wahlergebnis von 2,9 % für Bündnis 90, also Neues Forum, Demokratie jetzt und Initiative für Frieden und Menschenrechte. Die Helden des Herbstes wurden in der freien Volkskammer zur Oppositionen – zusammen mit ihrem ehemaligen Gegner, der SED-PDS.

20.11.: „Wir brauchen die SED wie die Fische das Fahrrad“ und: „Solange nicht das Volk regiert, wird hier in Leipzig demonstriert.“

Am 4.12. wird die erste Stasi-Bezirkszentrale von Bürgern besetzt, nämlich in Erfurt. Am Abend des 4.12. wird auch die Runde Ecke in Leipzig gestürmt, übrigens mit Unterstützung der Polizei, die sich dadurch von der Stasi distanzieren möchte.

Die Losung einer sehr späten Montagsdemonstration schrieb noch einmal Geschichte, die vom 12.2.1990: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr.“ In Bonn konnte man das durchaus als Drohung empfinden. Man musste eine schnelle Währungsunion ins Auge fassen.

Doch damit beginnt ein neues Kapitel: der Weg zur deutschen Einheit. Die Herbstrevolution in der DDR war sozusagen eine halbe Revolution, weil sie in die deutsch-deutsche Vereinigung überging. Die erste frei gewählte DDR-Regierung wollte die DDR nicht erneuern, sondern abschaffen, durch Beitritt zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990. Das jährt sich nächstes Jahr zum dreißigsten Mal.